

## Die Gewerkschaftseingaben im Kriegs- Ernährungsamt und Kriegsamt.

Aus Anlaß der Eingaben der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den deutschen Reichskanzler und an das Kriegsernährungsamt fand am 13. März im Kriegsernährungsamt eine vierstündige Konferenz mit Vertretern der Verbände, die die Eingaben unterzeichnet haben, im Beisein der drei für das Ernährungswesen zuständigen Herren v. Batocki, General Gröner und Staatskommissar Dr. Michaelis statt, die sich eingehend und sachlich mit den Beschwerden und Vorschlägen der Eingaben beschäftigte und an der auch der Unterstaatssekretär des preußischen Landwirtschaftsministeriums v. Falkenhäusen, einige Vertreter des Kriegsamts und des Kriegsernährungsamts, ferner drei Vertreter der freien Gewerkschaften und je ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, deutscher Gewerksvereine, polnischen Berufsvereinigungen, der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und der Arbeitsgenossenschaft für einheitliches Angestelltenrecht teilnahmen.

Herr v. Batocki leitete die Aussprache ein mit dem Wunsche nach eingehender Information über die Beschwerden und Vorschläge der Gewerkschaften und nach einer Verständigung. Er ziehe eine mündliche Klärung der Abgabe einer schriftlichen Antwort vor, wolle aber vermeiden, auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem preußischen Landwirtschaftsminister einzugehen. Herr Umbreit (General-Kommission) begründete die Eingaben in längeren Ausführungen. Das mit der Einsetzung des Kriegsernährungsamts erstrebte Ziel, die Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Kriegsernährung zu sichern, sei nicht erreicht worden. Die Landeszentralbehörden ständen nach wie vor der einheitlichen Regelung und der Durchführung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts hindernd im Wege, vor allem suche das preußische Landwirtschaftsministerium einen verhängnisvollen Einfluß auf die Preisregelung und Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen. Die Rationierung bestimme nur für die städtischen Verbraucher, den Erzeugern würden größere Mengen belassen, und auf dem Lande sei das Vorhandensein größerer Vorräte durch den Schleichhandel erwiesen. Der Landwirtschaftsminister suche die Landbevölkerung der strengen Rationierung zu entziehen und verlange eine Rücksichtnahme auf die Stimmung der ländlichen Erzeuger, die deren Gewissenhaftigkeit nur abschwächen könne. Die einseitige Erzeugerpolitik des Landwirtschaftsministers sichere uns kein Mehr an Lebensmitteln, weil die Voraussetzungen dafür — Boden, Dünger, Gelpans und Arbeitskräfte — nicht beliebig vermehrbar seien, und führe nur zu Verschiebungen in der Erzeugung zugunsten des lohnenderen Anbaues und zum Nachteil der durch Höchstpreis gesetzten Massenbedarfsmittel. Nicht minder wichtig als die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln sei die Stimmung der Verbraucher, besonders der Arbeitermassen als Erzeuger anderer ebenso wichtiger Verteidigungsmittel.

Herr v. Batocki erwiderte, daß die Rationierung, soweit es sich um Lebensmittel handelt, deren Regelung das Reich übernommen habe, für alle gleich sei. Das Kriegsernährungsamt habe eine Anreizpolitik niemals verfolgt. Die Getreide- und Kartoffelpreise in den übrigen Ländern seien fast durchweg höher als in Deutschland. Das Landwirtschaftsministerium habe den Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes nicht entgegengewirkt. Wenn es in einzelnen Betrieben zu Streiks gekommen sei, so habe wohl auch die Lohnfrage dabei eine Rolle gespielt.

General Gröner erklärte, daß das Kriegsamt bereits heute in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt und jederzeit zu dessen Verfügung stehe, ebenso auf Ersuchen des preußischen Staatskommissars für Ernährung bereit sei, alle Maßnahmen dieser Stelle zur Erfassung von Lebensmitteln zu unterstützen. Seit Amt sei jedoch so überlastet, daß nicht daran zu denken sei, ihm auch noch die Durchführung der Kriegsernährung mit zu übertragen. Der preußische Staatskommissar Dr. Michaelis erläuterte die Gründe, die zur Schaffung seines Amtes geführt haben. Sie liegen im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherige landesbehördliche Organisation. Wir stehen im dritten Kriegsjahr ungewisshaft der Aufgabe gegenüber, daß die Moral eines Teils der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande insofern gelunden ist, daß mancher glaubt, zunächst für sich sorgen zu müssen. Deshalb muß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen gewahrt werden. Was die Eingaben fordern, sei im wesentlichen durch die Einrichtung seines Amtes erreicht. Die Vorräte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden soll. — Herr v. Batocki ergänzt diese Ausführungen durch Darlegungen in bezug auf die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der Erhebungen über unsere Lebensmittelvorräte, die noch nicht abschließend, aber doch als recht ernst zu bezeichnen seien. Es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gespart werden; für etwaige Fehlbeträge daran werde der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Erbsen und Sauerkohl geliefert werden. Zwischen den drei Zentralstellen bestehe vollständiges Einvernehmen über die Notwendigkeit eines schärferen Zusaffens.

Herr Cohen (General-Kommission) gab nähere Details über einige Arbeiterausstände und wies den engen Zusammenhang zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und den Lohnforderungen der Arbeiter nach. Der illegale Handel sei doch ganz bedeutend, denn die Fabriken stellen ihren Arbeitern große Posten von Kraftnahrungsmitteln zur Verfügung, allerdings zu Preisen, für die selbst die gegenwärtig hohen Löhne noch nicht ausreichen. Redner interpelliert das Kriegsernährungsamt wegen der in Aussicht gestellten Besserung der Kartoffelration für Berlin und Umgegend. Man habe diesen die Fleischzulage entzogen, ehe die

verheißene Kartoffelversorgung zur Tatsache wurde. — Herr v. Batocki entgegnete, daß solche Maßnahmen wochenlang vorher eingeleitet werden müßten. Niemand habe damals die Wiederkehr der Frostperiode im März voraussehen können, die die Kartoffelzufuhr verhinderte.

Herr Legien wies auf die große Bedeutung der Ernährungsfrage für die Durchführung des Hilfsdienstes hin und rügte scharf die unzureichenden Löhne, mit denen viele Unternehmer ihre Arbeiter abspießen.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäusen erklärt namens des preußischen Landwirtschaftsministeriums, er sei erfreut, einmal Aug in Aug den Angriffen auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Überstände in der Ernährungsfrage, als der er betrachtet werde, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen. Von dem Wirken des Landwirtschaftsministeriums komme nur das Wenigste in die Öffentlichkeit, aber man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnisse aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungsweisen abgegeben.

General Gröner geht auf die Beschwerden des Herrn Legien näher ein und sagt eine Hilfe des Kriegsamts in der befriedigenden Regelung der Lohnfrage zu. Hinsichtlich der Ernährung sei damit zu rechnen, daß große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden. Um so mehr komme es darauf an, die volle Nervenkraft zu bewahren, damit Deutschland siegreich bleibe. — Da Herr v. Falkenhäusen inzwischen die Konferenz wegen anderweitiger bringender Geschäfte verlassen hatte, stellte Herr Umbreit fest, daß er und seine Gewerkschaftsfreunde dem Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums gern erwidern hätten und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Auseinandersetzungen hier unterblieben und an anderer Stelle ausgetragen würden.

Herr v. Batocki faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preußischer Staatskommissar, einheitlich zusammen arbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen. Es dürfte aber nicht verkehrt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache die Vertreter der Gewerkschaften davon überzeugt habe, daß die verantwortlichen Stellen im Reich sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage voll und bewusst seien.